

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche/öffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 01.02.2011

Gymnastikhalle der Adolf-Kolping-Schule, Danziger Weg 45

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsfrau Eveline Haue	SPD	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	Vertreter für Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	
Ratsfrau Angelika Linnepe	Lüdenscheider Liste	Vertreterin für Herrn Ulf Illhardt
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsfrau Anette Schwarz	FDP	
Herr Marcus Gawlik	SPD	
Herr Ulrich Neuhaus	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Volker Spähr	CDU	
Herr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Winfried Becker	Fraktionslos
Herr Ahmet Demir	Liste der SPD
Herr Clemens Laumann	Fraktionslos
Herr Michael Lohr	Fraktionslos
Herr Berthold Lüke	Fraktionslos
Frau Antje Malycha	Fraktionslos
Herrn Martin Sängler	Fraktionslos
Frau Annette Schmidt-Kob	Fraktionslos
Herr Peter Wagener	Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Reinhard Merkschien
Frau Gudrun Abendroth

bis einschl. TOP 2 der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Kotziers

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Herr Ulf Illhardt

FDP
Lüdenscheider
Liste

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Katharina Thimm

Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:23 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

keine

2. Ortsbesichtigung mit Aussprache

Die Schulausschussmitglieder besichtigen die bisherigen und die neu gestalteten Räume des Offenen Ganztags sowie der Betreuung und die neuen Verwaltungsräume in der ehemaligen Hausmeisterwohnung. Herr Merkschien und Frau Abendroth erläutern die durchgeführten Maßnahmen, wobei Herr Merkschien insbesondere auf die Räume des offenen Ganztagsbetriebes und der Verwaltung eingeht und Frau Abendroth auf die durchgeführte energetische Sanierung des gesamten Schulgebäudes. Fragen der Schulausschussmitglieder werden sofort bzw. in der späteren Aussprache beantwortet.

3. Einführung von Schuleinzugsbereichen Vorlage: 013/2011

Herr Dr. Schröder erläutert zunächst, dass mit der geplanten Wiedereinführung der Schuleinzugsbereiche dem Gesetz mit den entsprechenden Öffnungsmöglichkeiten Rechnung getragen werden soll und weist auf die bessere Planungssicherheit für die Verwaltung bezüglich der einzelnen Grundschulstandorte hin.

Ratsfrau Schwarz macht in der sich anschließenden Diskussion deutlich, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht folgen wird, da trotz vielleicht besserer Planungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht die Zahl der Eltern, die vom Wahlrecht in den vergangenen Jahren Gebrauch gemacht haben, nicht wesentlich von der abweicht, die in den davor liegenden Jahren Anträge auf Besuch einer anderen als der zuständigen Pflichtschule gestellt haben.

Ratsfrau Linnepe sagt, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen wird, da der weiteren Schließung von Schulstandorten Einhalt geboten werden muss, zumal zukünftig sonst, falls der gebundene Ganztagsbetrieb eingeführt wird, Schulraum fehlt. Ratsfrau Linnepe weist darauf hin, dass die Schuleinzugsbereiche so geschnitten werden müssen, dass die jeweilige Schule wirklich wohnortnah liegt.

Ratsherr Adam sagt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmt, da der Landtag vor fünf Jahren die Aufhebung der damaligen Schulbezirke beschlossen hat und sich dies nach Ansicht der CDU bewährt hat. Ratsherr Adam weist darauf hin, dass der Elternwille an vielen anderen Stellen seitens der Landesregierung ganz hoch angesiedelt ist.

Herr Thomas-Lienkämper erläutert, dass er sich mit der Einführung von Schuleinzugsbereichen anfreunden kann, die Zuschneidung jedoch mit der Demographie und den Wanderungsbewegungen konform erfolgen muss. Herr Thomas-Lienkämper weist auf die Gefahr der möglichen Ghettoisierung hin, falls keine Schuleinzugsbereiche gebildet werden.

Ratsherr Breucker sagt, dass die SPD-Fraktion die Abschaffung der Schulbezirke vor fünf Jahren für falsch gehalten hat und deshalb dem Beschlussvorschlag jetzt zustimmen wird.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Breucker sagt Herr Lüke, dass sich die Schulleitungen bisher noch keine Gedanken darüber gemacht haben, wie die wichtigen Gründe für Aufnahmen definiert werden können.

Anschließend sagt Herr Sängler, dass die Stadtschulpflegschaft gegen die Einführung der Schuleinzugsbereiche ist, da bisher rd. 20 % der Eltern von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, gleichwohl aber auch das Ergebnis der Schulentwicklungsplanung abgewartet werden sollte.

Ratsherr Holzrichter weist darauf hin, dass die Planungssicherheit bei der Einführung von Schuleinzugsbereichen nicht ohne Einschränkung gegeben ist, da z. B. Umzüge und die Anmeldungen zur Freien Christlichen Grundschule nicht dem Einfluss der Stadt unterliegen. Ratsherr Holzrichter macht deutlich, dass die Kommunalpolitiker auch die Verantwortung haben, falls es notwendig wird Schulen zu schließen und nicht durch Schuleinzugsbereiche künstlich am Leben zu halten.

Herr Neuhaus sagt, dass er den Beschlussvorschlag in Verbindung mit der beauftragten Schulentwicklungsplanung unterstützt. Herr Neuhaus hält kurze Wege für wichtig, weist aber gleichwohl auch auf den Spielraum durch die Anerkennung von wichtigen Gründen hin, womit Gleichmäßigkeit erreicht werden kann.

Es schließt sich eine weitere Diskussion über die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung des Elternwillens an, bei der die unterschiedlichen Auffassungen erneut untermauert werden.

Abschließend gibt Herr Merkschien den Hinweis, dass es bei den Lernanfängeranmeldungen für das Schuljahr 2010/11 121 Wanderungsbewegungen zu anderen als den nächstgelegenen Schulen gab, davon 69 aus den früheren Schulbezirken Kalve, Knapper und Tinsberg, was dazu führte, dass an den benachbarten Schulen erhebliche Klassenstärken vorzufinden sind. Weiter macht Herr Merkschien deutlich, dass mit der Bildung von Schuleinzugsbereichen keine Standorte gesichert werden können, sondern dass die Entwicklung dadurch besser abgesehen, allerdings nicht gestoppt werden kann.

Anschließend bittet der Schulausschussvorsitzende um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, bis zum 17.05.2011 Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

**4. Offene Ganztagschulen der Stadt Lüdenscheid;
hier: Angleichung der Elternbeiträge
Vorlage: 015/2011**

Da kein Vortrag der Verwaltung gewünscht ist, bittet der Schulausschussvorsitzende um Abstimmung der Beschlussempfehlung. Herr Merkschien weist noch auf die geänderte Beratungsfolge hin und sagt, dass die weitere Beratung nicht am 07.02.2011 im Rat erfolgt, sondern am 28.02.2011 im Hauptausschuss und am 14.03.2011 im Rat.

Beschluss:

Die Elternbeiträge für die Offenen Ganztagschulen der Stadt Lüdenscheid werden ab Schuljahr 2011/12 gemäß Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	0

**5. Antrag der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen;
hier: Kinderbetreuung in Grundschulen**

Ratsherr Voß weist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kinderbetreuung in Grundschulen hin.

Ratsfrau Rigas-Gülde fragt direkt dazu, ob die Bedarfe schon abgeklärt sind oder ob es sich dabei um Einzelanfragen handelt. Weiter fragt Ratsfrau Rigas-Gülde, ob die Kosten gestaffelt erhoben werden sollen und macht deutlich, dass die Kostenfrage grundsätzlich erst geklärt werden muss. Außerdem weist Ratsfrau Rigas-Gülde auf die Belastung der Kinder hin, wenn sie möglicherweise von 7 bis 17 Uhr in der Schule sind.

Ratsherr Voß antwortet direkt dazu, dass kein Elternteil verpflichtet ist, sein Kind im offenen Ganztage anzumelden, es für andere aber wiederum wünschenswert ist und die Kinder nicht zwingend von 7 bis 17 Uhr anwesend sein müssen. Außerdem bekräftigt Ratsherr Voß, dass die Kosten auf jeden Fall erst ermittelt werden müssen.

Ratsherr Breucker weist darauf hin, dass bei der Bedarfsabfrage auch mögliche Bedarfe nach 17 Uhr und samstags abgeklärt werden sollen.

Herr Lüke bittet darum, die anstehenden Gespräche zu diesem Thema nicht nur mit den Trägern der Offenen Ganztagschulen zu führen, sondern auch mit den Schulleitungen.

Der Schulausschussvorsitzende bittet anschließend um Abstimmung über den Antrag mit dem von Herrn Lüke genannten Zusatz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	2

**6. Berichtswesen;
hier: Pavillonräume Teilstandort Kalve (Mündlicher Bericht)**

Herr Merkschien erläutert, dass im Zusammenhang mit der Aufgabe des Schulstandortes Brüninghausen beschlossen wurde, eine Containeranlage am Grundschulstandort Kalve zu errichten, da eine hohe Anzahl an Betreuungskindern vorhanden war. Herr Merkschien führt aus, dass der Mietvertrag für den Container bis zum 30.09.2011 läuft und die Mietkosten 30.000 € p. a. betragen. Herr Merkschien sagt, dass nach Absprache mit der Schulleitung die Containeranlage nach den Sommerferien abgebaut werden kann, da am Standort Kalve im nächsten Schuljahr nur fünf Klassengemeinschaften unterrichtet werden und diese im Schulgebäude, wo sechs Klassenräume, ein Mehrzweckraum und zwei Betreuungsräume vorhanden sind, untergebracht werden können. Herr Merkschien weist darauf hin, dass die Betreuungszahl nunmehr nur noch bei ca. 15 Kindern liegt. Abschließend erläutert Herr Merkschien, dass der eingestürzte Teil des alten Pavillons bereits abgeräumt worden ist und der restliche Teil in den Osterferien abgebrochen wird.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bekanntgabe "Situation der Schulleitungen an den städtischen Grundschulen"

Herr Merkschien gibt im Einzelnen die Situationen der Schulleitungen an den städt. Grundschulen bekannt. Die entsprechende Aufstellung ist dem Protokoll beigefügt.

7.2. Beantwortung von Anfragen

keine

7.3. Anfragen

7.3.1. Anfrage Ratsfrau Rigas-Gülde "Sachstand Pausenhalle Staberg"

Ratsfrau Rigas-Gülde fragt, wie der Sachstand bei der geplanten Baumaßnahme Pausenhalle Staberg ist.

Herr Dr. Schröder antwortet sofort dazu, dass der Baubeginn bisher witterungsbedingt nicht möglich war. Herr Dr. Schröder teilt mit, dass die zweite Rate der Landeszuwendung mittlerweile bei der Stadtkasse eingegangen ist. Abschließend sagt Herr Dr. Schröder, dass ein ausführlicherer Bericht zur Pausenhalle Staberg in der nächsten Schulausschusssitzung folgt.

Vorsitzender

Schriefführerin